



JUSO



Jungsozialistinnen
Kanton Thurgau



junge gruene
thurgau



Listen 1 · 11

Listen 13 · 14 · 7

GEMEINSAM NACH BERN

**Atomausstieg sichern.
Renten garantieren.
Integration ausbauen.
Steuergerechtigkeit fordern.**

**Bi üs
weisch
wär
d'wählsch**

Gemeinsame Pressekonferenz

von: SP Thurgau - Grüne Partei Thurgau - Juso - Grüne Panther

2. September 2015 - 10:30 Uhr

Restaurant Goldener Becher, Frauenfeld

RednerInnen / Inhalt

Barbara Kern.....	3
Repräsentative Vertretung.....	3
Kurt Egger.....	4
Energiepolitik.....	4
Gina Rüetschi.....	5
Asylpolitik.....	5
Edith Graf-Litscher.....	6
Die Schweiz steht vor einer Richtungswahl.....	6
Toni Kappeler.....	7
Unser Klima – das Wahlkampfthema. Oder doch nicht?.....	7
Flavio Brühwiler.....	9
Jugend/Lehrlingsanliegen.....	9

Kontaktadressen

SP:

Politischer Sekretär SP Julian Fitze
fitze_j@gmx.ch / 079 128 36 11

Grüne:

Sekretariat Barbara Imholz
sekretariat@gruene-tg.ch / 071 410 06 01

BARBARA KERN

Präsidentin SP Thurgau

Repräsentative Vertretung

Sehr geehrte Damen und Herren der Presse.

Im Namen der SP, den Grünen und den Jungsozialisten begrüsse ich sie zu unserer gemeinsamen Pressekonferenz. Sie werden hier von den anwesenden Kandidatinnen und Kandidaten in einem kurzen Referat zu hören bekommen, warum diese politische Powerformation gemeinsam nach Bern will. Bzw. die Positionen sozialdemokratischer und grüner Politik in Bern zwingend vertreten sein müssen.

Ich begrüsse daher unsere Kandidatin der SP NR Edith Graf-Litscher, Kurt Egger von den Grünen, Gina Rüetschi und Toni Kappeler, ebenfalls von den Grünen und von den Jungsozialisten deren Co-Präsident Flavio Brühwiler. Für die SP und die Grünen sind die Wahlen 2015 Richtungsentscheidend. Schon heute wird der Kanton Thurgau durch eine rein bürgerlich, konservative Stimme in beiden Kammern in Bern vertreten. Nun aber droht durch die dominante Verbindung der Mitteparteien eine weitere Schwächung der sozialen und ökologischen, der alternativen Politik in Bern.

In den nächsten Jahren werden in Bern wichtige sozialpolitische und ökologische Weichen gestellt. Wie die Sicherung unserer Renten und des Atomausstiegs und ob in Zukunft die Steuerlast gerechter verteilt wird, so dass nicht nur einige Superreiche und vor allem internationale Firmen von grossen Steuersenkungen profitieren. Mit der Unternehmenssteuerreform III würde erstmals die Chance bestehen, erstens die Fehler der Unternehmenssteuerreform II, welche zu massiven Steuerausfällen und verschiedene Kantone in die roten Zahlen geführt hat, zu korrigieren. Diese Ausfälle werden nun durch rigide Sparmassnahmen bei der Bildung, Gesundheit und öffentlichem Verkehr und bei der Energiewende kompensiert. Mit der Unternehmenssteuerreform III drohen weitere Sparmassnahmen auf dem Buckel der Bevölkerung, sollte das Parlament hier keine Korrekturen vornehmen. Diese sind zum Beispiel die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer für internationale Unternehmen und eine Beschränkung der Mindestbesteuerung für Lizenzboxen auf höchstens zehn Jahre. Diese Politik ist aber nur möglich, wenn die sozialdemokratische und grüne Politik in Bern und auch im Thurgau gestärkt wird. Die Alternative heisst daher rot/grün gemeinsam nach Bern. Für eine soziale und ökologische Politik.

KURT EGGER

Präsident Grüne Partei Thurgau

Energiepolitik

Wir stehen vor einer Richtungswahl. Deshalb muss das grün-rote Lager mindestens in gleicher Stärke wieder im Parlament vertreten sein.

Die Energiepolitik hat Gegenwind. Der Atomausstieg ist plötzlich nicht mehr so sicher. Eine Mehrheit der SR-Kommission will die AKW's möglichst lange in Betrieb behalten. Fixe Abschaltzeiten oder Sicherheitskonzepte nach 50 Jahren scheinen nicht mehr mehrheitsfähig zu sein.

Damit kann die Energiewende nicht gelingen. Solange wir beliebig viel Strom haben, will auch niemand Strom sparen. Und solange wir keine fixen Abschaltzeiten für die AKW's haben, wird zuwenig in neue erneuerbare Produktionsanlagen investiert. Das Risiko ist für Investoren zu hoch.

Gleiches gilt für die Kostendeckende Einspeisevergütung KEV. Die Bürgerlichen wollen die KEV befristen und gleichzeitig wehren sie sich gegen jegliche Lenkungsabgaben. Die Absicht ist klar: man will die KEV abschaffen und keine neue Abgabe einführen. So ist die Energiewende zum Scheitern verurteilt. Deshalb braucht es die grün-roten Kräfte in Bern.

Für eine wirksame Energiepolitik braucht es weitere Massnahmen:

- Eine Null-Emissionsstrategie für Fahrzeuge, Gebäude und Geräte
- Die Einführung einer „Dreckstrom-Abgabe“ für Strom aus Kohle und Gas
- Eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffe, autofreie Quartiere und Förderung der Elektromobilität
- Förderung der Gebäudesanierung bis alle Gebäude mindestens den Minergie-Standard erreicht haben.

GINA RÜETSCHI

Kantonsrätin Grüne TG - Präsidentin Grüne Bezirk Frauenfeld

Asylpolitik

Die ganze Asyldebatte hier in der Schweiz ist konstruiert von der SVP die alle vier Jahre wieder mit einem neuen Asylproblem kommt um es für den Wahlkampf hochspielen zu können. 1999 waren es die Albaner, jetzt sind die Eritreer dran. Ein umstrittener Bericht der dänischen Migrationsbehörde von 2014 auf den sich auch die SVP bezieht, wurde europaweit als Beleg dafür herangezogen, dass Eritrea ein sicheres Land sei. Eritreer könnten problemlos ins Land zurückkehren und seien nicht verfolgt.

Fakt ist: Anfang August hat das SEM die Prognose für das aktuelle Jahr das letzte Mal überprüft. Es hält an der Schätzung von 29'000 Gesuchen fest - mit Schwankungen von 2500 Personen darüber oder darunter. Tatsächlich ist der Anteil der Schweizer Gesuche so klein wie noch nie, seit im Jahr 2000 mit der Statistik begonnen wurde. Nur 3,8 Prozent aller Gesuche in Europa wurden in der Schweiz eingereicht. Die ca. 26'000 eritreischen Flüchtlinge in der Schweiz sind eine vernachlässigbare Zahl. Sie machen nur 1,3 % der ständigen ausländischen Bevölkerung aus. Und auch der anhaltende Zustrom von weiteren Flüchtlingen ist von der Schweiz immer noch problemlos zu bewältigen.

Es gibt kein Indiz, dass wir es plötzlich mit einer existenziellen Flüchtlingskrise zu tun hätten. Weder ist die Zahl der Neugesuche ausserordentlich hoch, noch ist die Schweiz im internationalen Vergleich gegenüber Flüchtlingen grosszügiger. Ausserdem werden die immer wieder (notabene von der Rechten) verschärften Gesetze im Asylbereich durchgesetzt.

Wer an einer realistischen Asylpolitik interessiert ist, sollte sich mit den Menschen befassen, die bereits hier sind. Die Eritreer in der Schweiz werden unser Land in den nächsten Jahren nämlich kaum verlassen. Darum müssen diese Leute schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden. Arbeit heisst Würde und Unabhängigkeit. Schwierigkeiten bei der Integration bereiten nicht die Eritreer, sondern unsere Gesetze und fadenscheinige Integrationsmassnahmen, die auf Menschen ausgerichtet sind, die das Land bald wieder verlassen sollen. Das entspricht aber nicht der Realität wie es uns die Erfahrungen mit den Flüchtlingen aus Ex - Jugoslawien zeigen.

EDITH GRAF-LITSCHER

Nationalrätin SP Thurgau

Die Schweiz steht vor einer Richtungswahl

Die einen wollen die Schweiz von Europa und der Welt abschotten und greifen unsere soziale Sicherheit an. Ich bin überzeugt, für uns Thurgauerinnen und Thurgauer und für die Schweiz bringt eine offene, gerechte und solidarische Schweiz in der klare Spielregeln herrschen für alle mehr Lebensqualität und wirtschaftlichen Erfolg.

Wir stehen vor zentralen Weichenstellungen. Dank der guten Zusammenarbeit in der Altersvorsorge und der Energiewende gelingt es uns heute mit den Grünen und von Fall zu Fall auch mit der GLP, CVP, EVP oder der BDP äusserst knappe Mehrheiten zu erreichen. Bereits bei wenigen Sitzverlusten sind diese Mehrheiten gefährdet.

Auch die Zusammensetzung des Bundesrates hängt vom Wahlausgang ab. Hier ist die Lage ernst: Es muss uns gelingen, einen Bundesrat rechts der Mitte zu verhindern. Sonst werden wir für die nächsten vier Jahre von einer konservativen Rechtsregierung regiert. Das müssen wir durch die Mobilisierung unserer Mitglieder und Sympathisierenden mit aller Kraft verhindern.

Altersvorsorge

Für die SP ist klar: Das oberste Ziel der Reform der Altersvorsorge ist die Sicherung der Renten für alle. Kürzungen bei den Renten sind weder mehrheitsfähig noch akzeptabel. Im Gegenteil: Es braucht Erhöhungen bei der AHV, um die absehbaren Einbussen bei der 2. Säule zu kompensieren und den Verfassungsauftrag zu erfüllen. Um diese Ziele zu erreichen ist es notwendig, das komplexe System der Altersvorsorge als Gesamtpaket zu betrachten.

Die SP hat die AHV und später die 2. Säule zusammen mit ihren verantwortlichen Bundesrätinnen und Bundesräten aufgebaut, entwickelt und modernisiert. Es wird auch künftig so sein, dass Reformen bei AHV und BVG nur mit Unterstützung der SP vor dem Volk bestehen können. Der Vorschlag des Bundesrates, die Reform der Altersvorsorge als integriertes Paket zu behandeln, ist deshalb auch der einzig richtige, um der Wichtigkeit und der Komplexität des Themas gerecht zu werden. Wenn bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände einzelne Elemente wie das Rentenalter 65 für Frauen vorziehen möchten, dient das nur dazu, das bundesrätliche Reformpaket aufzusplitteln und zu sabotieren.

Die SP stellt sich nicht grundsätzlich gegen Anpassungen wie eine Angleichung des Rentenalters von Männern und Frauen. Nur muss in diesem konkreten Fall endlich die diskriminierende und mit keinem ökonomischen Winkelzug zu rechtfertigende Lohnungleichheit beseitigt werden. Erst wenn Männer und Frauen für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten, darf auch das AHV-Alter angeglichen werden. Generell gilt, dass die Flexibilisierung des Rentenalters so in die Reform integriert werden muss, dass auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen profitieren. Dafür setze ich mich heute und wenn ich wieder gewählt werde in den nächsten vier Jahren in Bern ein.

TONI KAPPELER

Kantonsrat Grüne Thurgau

Unser Klima – das Wahlkampfthema. Oder doch nicht?

Die Fakten

Der Hitzesommer 2015 – vorbei und schon vergessen... In der Schweiz wurden stellenweise 39.7° erreicht, und laut Bundesamt für Meteorologie war der Juli 2015 "der wärmste Monat aller Zeiten": Höchste Temperaturen seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Allerdings ist der Sommer 15 kein Einzelereignis – und wird es immer weniger sein.

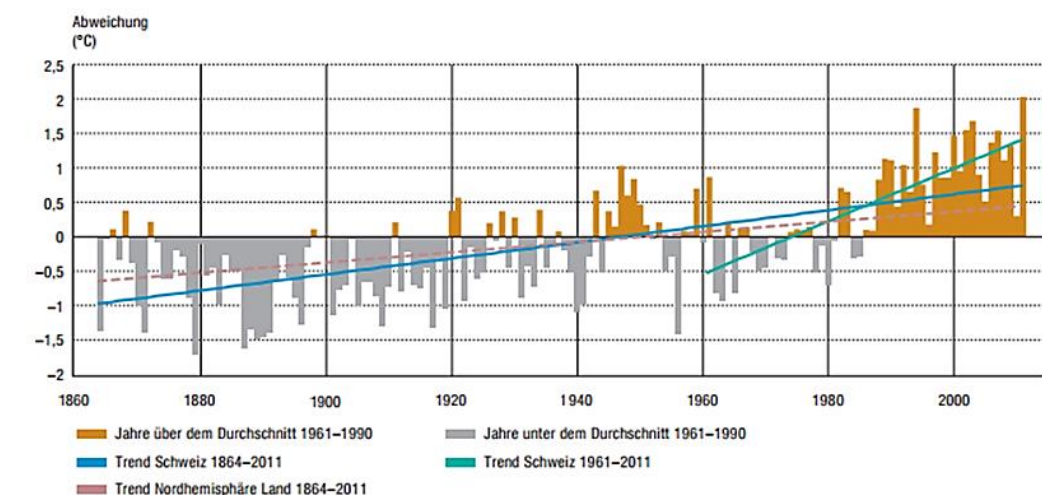
Seit 1864 wird gemessen. Von den 20 wärmsten Jahren seit Messbeginn fallen 16 in die Periode nach 1990 (25 Jahre) und 4 in die Zeit von 1864 – 1990 (136 Jahre) Die beiliegende Grafik zeigt den erschreckenden Trend. Die Kurve ist praktisch deckungsgleich mit der Kurve des zunehmenden CO₂- und Methangas-Ausstosses.

Mit steigenden Temperaturen läuft die "Wettermaschine" schneller;

z.B. verdunstet mehr Wasser ⇨ = mehr Niederschläge. Kehrseite der gleichen Münze sind Unwetter und Hochwasserschäden.

Abb. 19 > Jahresmitteltemperaturen in der Schweiz

Abweichung der mittleren Jahrestemperatur in der Schweiz 1864–2011 relativ zur Referenzperiode 1961–1990. Jährliche Abweichungen zur Referenzperiode (Balken) und Trendentwicklungen (Linien).



Quelle: MeteoSchweiz (2012a)

Die Folgen

Das wissen wir alles seit langem, wird aber erfolgreich verdrängt.

- **Landwirtschaft:** "Auch ein Abflauen der Hitzewelle wird die Schäden nicht mehr kompensieren. Das erinnert an den Hitzesommer 2003 als die Schweizer Landwirtschaft wirtschaftliche Einbussen von rund 500 Millionen Franken hinnehmen musste." (VTL, August 2015)
- **Forstwirtschaft:** Durch Hitze und Trockenheit geschwächte Wälder ⇨ Schädlinge.

- **Bröckelnde Alpen:** Auftauen der Permafrostböden ⇒ Murgänge, Steinschlag.
- **Abtauende Gletscher:** Die Gletscher verlieren zurzeit Masse in atemberaubendem Tempo ⇒ fehlen die Gletscher, hat das weitreichende Konsequenzen für unsere Flüsse und für die Stromproduktion.
- **Stürme, Unwetter:** Einhergehend mit der Hitzewelle 2015 Unwetter mit Schäden in Milliardenhöhe (Europa). Thurgau: In Erinnerung ist noch der 15. Juni 2015 – lokale, aber massive Schäden, z.B. in Krادolf-Schönenberg.
- **Steigende Meeresspiegel:** ⇒ Flüchtlingsströme und Lebensmittelknappheit, mit denen verglichen die heutige Situation ein harmloses Vorspiel ist!

Und doch im Wahlkampf kein Thema?

Beherrscht wird der Wahlkampf bislang durch "Asylchaos"... und Frankenstärke.

Die Asylthematik eignet sich für Schuldzuweisungen ("Frau Sommaruga"...), für Erzeugung und Nutzung von Emotionen, für Populismus – ist aber im Vergleich mit der Klimaveränderung absolut keine Bedrohung für die Schweiz!

Das Thema "Frankenstärke" scheint den wirtschaftsorientierten Parteien etwas abhandeln zu kommen. Laut SECO ist die Schweizer Wirtschaft im 2. Quartal gewachsen und wird 2015 insgesamt wachsen – trotz "Frankenschock".

Klima ist:

- ein komplexes, "wissenschaftliches" Thema. Man kann nicht einer Gruppe Schuld zuweisen und es eignet sich deshalb nicht für populistische Sprüche.
- für unsere Vorstellungen ein zu grosses Thema: Was können wir schon tun?

Doch, wir können viel bewirken! Glaubwürdiges und erfolgreiches Vorbild sein, unser gewonnenes Knowhow exportieren, unserer Wirtschaft eine Vorreiterrolle bezüglich Cleantech ("steigert die Wettbewerbsfähigkeit der CH-Wirtschaft"), Effizienz, Ressourcen-Kreisläufe... ermöglichen. All dies lässt sich in naher Zukunft exportieren.

Klimaschutz kostet – kein Klimaschutz ist unendlich teurer!

FLAVIO BRÜHWILER

Co-Präsident Juso Thurgau

Jugend/Lehrlingsanliegen

Die JUSO Thurgau kämpft im Wahljahr 2015 für die Rechte der Lernenden. Der Prozentsatz von Jugendlichen, die trotz Arbeitssuche keinen Job oder keine Lehre haben, liegt in der Schweiz bei 10%. Jede dritte Lehre wird abgebrochen und Lernende werden in vielen Betrieben als billige Arbeitskräfte für berufsfremde Arbeiten missbraucht. Der Lehrlingsreport der Unia belegt, dass die Lernenden in 55% aller Betriebe mindestens einmal pro Monat mehr als 9 Stunden pro Tag arbeiten müssen, obwohl dies durch die Lehrlingsgesetze untersagt wird. 25% der Lernenden erhalten die Überstunden nicht einmal kompensiert. Der Bruch der Gesetze, die zum Schutz der Lernenden existieren, wird von den Lehrlingsämtern nicht konsequent verfolgt. Die JungsozialistInnen stellen sich auf die Seite der Lernenden. Die JUSO ist empört, dass klare Rechtsbrüche gegen Lernende mit dem Satz „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ verharmlost werden.

Deshalb fordert die JUSO die konsequente Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes und für ein Recht auf eine Erstausbildung. Dies soll durch vermehrte Kontrollen durch eine tripartite Aufsicht geschehen, in der neben dem Staat auch Gewerkschaften und demokratisch gewählte Lernende vertreten sind. Mit einem Lehrlingsfonds sollen gute Lehrstellen geschaffen und gefördert werden.

Durch ein Recht auf eine Anschlusslösung nach der Lehre, existenzsichernde Löhne während der Berufsausbildung und durch vollständige Deckung von Ausbildungskosten wie Beiträge für Schul- und Arbeitsmaterialien soll die Ausbeutung von Lernenden bekämpft werden.

Die JUSO Thurgau setzt im Wahlkampf auf den direkten Kontakt mit jungen Menschen, so sammelt die Jungpartei beispielsweise für die landesweite Lernendenpetition der JUSO Schweiz. Dies tun die JungsozialistInnen vor allem an den Berufsschulen im Thurgau sowie an Festivals.

Des Weiteren setzt sich die JUSO Thurgau auch für einen ausgebauten Umweltschutz ein. Sie unterstützt Massnahmen zum Schutz des Kulturlandes, einen raschen Atomausstieg und eine glaubwürdige Klimapolitik, die uns und zukünftigen Generationen keine Katastrophe hinterlässt.

Vor dem Hintergrund der andauernden Hetze gegen MigrantInnen und Flüchtlinge von rechts setzt sich die JUSO ganz klar gegen Rassismus ein. Wer hier leben und arbeiten will, soll dies ohne Diskriminierung tun können. Deshalb engagiert sich die JUSO für vereinfachte Einbürgerungen und das AusländerInnenstimmrecht.